

Stellungnahme der AfD zum Sachstandsbericht
„Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Rastatt“
im Kreistag Rastatt am 23.05.2017

Sehr geehrte Anwesende

Lob an die Verwaltung

Der Sachstandsbericht ist mit seinen 24 Seiten und 3 Seiten Anhängen sehr detailliert und meistens aussagekräftig.

So die Feststellung, die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung sei ein ernst zu nehmendes Haushaltsrisiko. Der Verwaltung ist für diese realistische Einschätzung Anerkennung auszusprechen.

Viel Verwaltung, wenig Wirkung

Dem Sachstandsbericht ist zu entnehmen, daß ein Großteil für Verwaltungsaufgaben nach BRD-Standard aufzubringen ist, damit etwas bei den Migranten ankommt.

Zwei typische Zahlen: 77 Planstellen im Flüchtlingsmanagement haben's geschafft 43 Migranten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln.

Falscher Ansatz

Hier zeigt sich wieder daß durch die Aufnahme in der BRD nach BRD-üblichen Standards Mittel verschwendet werden, die bei Förderung heimatnaher Unterbringung eine zigfach größere humane Wirkung für vielfach Bedürftigere erzielen würden.

Diese Mittelverschwendung ist eine Verweigerung von Menschlichkeit gegenüber denjenigen, die weder die Physis noch das Geld haben um tausende von Kilometern überwinden zu können bis sie endlich den Landkreis Rastatt erreicht haben. Darauf haben wir schon wiederholt hingewiesen.

Keine Planbarkeit

Man entnimmt dem Bericht auch die mangelnde Planbarkeit aufgrund derer Vorkehrungen jetzt unter Wertverlust abgebaut werden. Planbarkeit hätte die Regierung durch Grenzschießung schon 2015 herstellen müssen. Was aber nicht aus Barmherzigkeit, sondern aus Opportunismus der Regierung nicht geschah. Was Robin Alexander in seinem Report „Die Getriebenen“ enthüllt.

Grenzen sind immer noch offen

Aber im 1. Jahresdrittel 2017 haben immer noch 80.000 Asyl in der BRD beantragt. Die Grenzen sind immer noch offen.

Praktisch jeder Migrant, hat er den Boden der BRD erst mal betreten kann seine Duldung erzwingen. Selbst Verbrechen schaden häufig nicht.

Der Sachstandsbericht lässt offen, wie viele Ausreisepflichtige versorgt werden und was getan wird, Rechtsstaatlichkeit durch Erzwingen der Ausreise herzustellen.

Familiennachzug

Der Familiennachzug wird vom Sachstandsbericht nur schüchtern erwähnt, obwohl er kommen wird.

Hier müssen datenbasierte Schätzungen aus den Asylverfahren vergangener Jahre gemacht und dem Kreistag mitgeteilt werden. Die Kosten und der Aufwand koennen uns vor noch groessere Probleme stellen als es die letzte Fluechtlingswelle tat. Bedenken Sie nur: 1 Asylant plus mind. 1 Ehefrau, etwa 2 bis 4 Kinder und noch evtl. Mutter und Vater – also der 3 bis 7-fache finanzielle Aufwand! Der Landkreis muss sich hierauf vorbereiten und zwar bald.

Integrationsbemühungen

Integration ist ein wesentliches Thema des Sachstandsberichtes. Aber Integration ist eine Bringeschuld von Zuwanderern.

Weil man aber aus bitterer Erfahrung mit den bisherigen moslemischen Zuwanderern schließen muß, daß diese Schuld nicht abgetragen werden wird, ist sie zu einer Bringeschuld der autochtonen Gesellschaft erklärt worden.

Die beschriebenen Integrationsbemühungen sind verzweifelte Anstrengung im Nachhinein noch abzumildern, was die verantwortungslose Grenzöffnung angerichtet hat.

Der Bericht beschreibt zwar die Gesetzeslage, nicht aber überzeugend, wie unsere teuren Bemühungen fruchten.

Gewissermaßen schon zur Garantie für Integrationserfolg wird gern das Erlernen der deutschen Sprache überbewertet.

Da stellt aber ein verstörender Artikel im BT vom 31.08.2016 übers Landratsamt fest: „Nachbesserungsbedarf bei Deutschkursen“.

Daß selbst Sprache und Paß gelungene Integration nicht garantieren weist Deniz Yücel nach. Beides hinderte ihn nicht in der TAZ anlässlich des Geburtenrückgangs in Deutschland das als ein "Völkersterben von seiner schönsten Seite" zu bejubeln. Außerdem wünschte er Sarrazin, der nächste Schlaganfall möge sein Werk gründlicher verrichten. Hoffnung erweckt da nur, daß die TAZ tatsächlich zu 20.000 EUR Zahlung an Sarrazin verurteilt wurde.

Rückführungen

Nichts aber wird im Sachstandsbericht von Vorbereitung für Rückführungen erwähnt. Die stehen an, wenn die Schutzgründe für subsidiären Schutz entfallen sein werden.

Statt „Integration“ ist vielmehr „Remigration“ vorzubereiten. Das heißt, den Aufgenommenen sind Qualifikationen für den Aufbau ihrer Heimat zu vermitteln. Das sind z.B. handwerkliche Fähigkeiten und ggfs. Alphabetisierung aber in ihren Muttersprachen. Hoffnungserweckung auf dauerhaftes Bleiberecht in der BRD sind fehl am Platze. Vernachlässigte Remigration schadet nämlich den Herkunftsstaaten und der BRD.

Die Daten des Landkreises zeigen, das bis dato die Sozialsysteme der BRD belastet werden. Ueber den Einfluss der Migration auf die Kriminalitaetsentwicklung im Landkreis hoeren wir spaeter sicher noch. Das erschreckende Gesamtbild fuer die BRD hat bereits der Innenminister euphemistisch beschrieben.

Verschärfung des Asylrechts

Eine "Rückführungskultur" ist aus oben Gesagtem zum Nutzen aller geboten. Die am Donnerstag beschlossene Verschärfung des Asylrechts ist Augenwischerei im Wahlkampf.

An dieser Stelle intervenierte der Landrat mit der Meinung, das sei nicht zum Thema „Sachstandsbericht“ geredet.

Dem wurde vom Vortragenden widersprochen. Aber trotzdem auf weitere Anmerkungen verzichtet und mit folgendem Fazit geendet.

(Die vorgesehenen, aber unterlassenen Anmerkungen sind am Ende wiedergegeben.)

Das Fazit

Zerstörung der Sozialsysteme

Insgesamt zeigt der Bericht recht deutlich die Kosten der Politik der offenen Grenzen, die letztlich, wie gesagt, die Bürger des Landkreises zu tragen haben.
Ein kanadisches Modell hätte 100% erbracht und nicht knapp 3% der Zuwanderer des Landkreises in Arbeit

Muß man denn Nobelpreisträger der Ökonomie wie Milton Friedman sein um einzusehen, daß ein Staat entweder offene Grenzen oder ein Sozialsystem haben kann, aber nicht beides?

Fragen Sie sich denn das nicht auch?

Danke für die Aufmerksamkeit

Die vorgesehenen, aber unterlassenen Anmerkungen

UMA

Ein sich verstärkendes Problem bleiben die UMA weil mit weiterer Zuweisung zu rechnen ist und weil selbst bei eingetretener Volljährigkeit anscheinend meistens die teure Jugendhilfe weiter gewährt wird.

Insgesamt beschreibt der Absatz zum Jugendamt wieder die unpassende Gesetzeslage, aber wenig den Sachstand im Landkreis. Insbesondere fehlen Angaben, wie viele der 67 volljährig Gewordenen denn in der Jugendhilfe verblieben sind. Warum die Maßnahmen in der Jugendhilfe nach wie langer Zeit nicht zur Selbständigkeit geführt haben. Wie lange der Verbleib in der Jugendhilfe nach Volljährigkeit denn dauern soll.

Schließlich bleibt die Frage: wird bei den zugeteilten UMA endlich das Alter sicher bestimmt?

Kostenverteilung

Zur gerade zugesagten Spitzabrechnung mit dem Land. Sie bringt nur der Verwaltung Erleichterung weil sie die Mittel nicht aus eigenen Töpfen zusammenkratzen muß.

Egal aber ob Kreis, Land oder Bund die Kosten trägt. Es sind in jedem Fall die Bürger des Landkreises die's zahlen müssen. Das wird jetzt im allgemeinen Steueraufkommen versteckt, die Bundestagswahl läßt grüßen.

Besser wär's, wenn die Kosten beim Kreis geblieben wären. Der finanzielle Druck hätte dann Landkreise und Gemeinden weiterhin animiert sich mit ihrer Expertise gegen die verheerende Zuwanderungspolitik von Regierung und Opposition aufzulehnen und das Übel an der Wurzel zu packen.

Zitate zum Wert der Zuwanderung

Zum Schluß ein paar verwunderliche Zitate:

"Was die Flüchtlinge mit zu uns bringen, ist wertvoller als Gold." Sagt Schulz. Zetsche hofft auf ein zweites Wirtschaftwunder.

Nun, mit bisher deutlich unter 3 % der Migranten in einem Arbeitsverhältnis sind wir meilenweit davon entfernt. Der Bericht laesst offen, ob und wann wesentliche Besserung fuer die Bürger des Landkreises zu erhoffen ist.